



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Aufnahmeeinrichtungen entlasten – private Unterbringung ermöglichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Auszugsmöglichkeit für Geflüchtete, die aus Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ausziehen und zu Familien, Verwandten und Freunden ziehen möchten, schnell zu ermöglichen.

#### **Begründung:**

Nach Informationen des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration sind in Bayern mehr als 148 000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und fast 22 000 Asylbewerber aufgenommen worden (Stand 28.09.2022). Wie Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann gegenüber verschiedenen Medien erklärt, sind die ANKER-Einrichtungen in Bayern zu 108 Prozent belegt. Auch die Gemeinschaftsunterkünfte sind ähnlich voll, die Bezirksregierungen, die Landkreise und kreisfreien Städte suchen händeringend nach Gebäuden, die für die Unterbringung von Geflüchteten geeignet sind.

Die jahrzehntelange verfehlte Asylpolitik in Bayern sorgt dafür, dass alle Geflüchteten im Asylverfahren und alle abgelehnten Geflüchteten für Jahre in Unterkünften untergebracht werden müssen und damit die aktuell dringend notwendigen Plätze belegen. Dass es auch anders gehen kann, zeigt das Beispiel der Geflüchteten aus der Ukraine. Sie dürfen sich grundsätzlich privaten Wohnraum suchen, nur wenn Obdachlosigkeit droht, wird in Unterkünften untergebracht. Das führt dazu, dass rund 75 Prozent der Ukrainerinnen bzw. Ukrainer privat unterkommen, aber nur 25 Prozent staatliche Unterkünfte in Anspruch nehmen. Ähnliche Zahlen dürften sich auch bei Menschen aus anderen Herkunftsländern einstellen. Viele von ihnen haben ebenfalls Freunde, Verwandte und Bekannte, die sie aufnehmen würden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre humanitären und völkerrechtlichen Pflichten zu erfüllen und alle Geflüchteten menschenwürdig unterzubringen. Um schnell Plätze in Unterkünften zu schaffen, muss die rigide bayerische Pflicht, in Sammelunterkünften zu leben, gestrichen werden. Dann kann eine erhebliche Zahl von Geflüchteten schnell aus den Unterkünften ausziehen und Platz für neu ankommende Geflüchtete machen. Jetzt sind pragmatische Lösungen und Regelungen gefragt.